

## Gemeinschaft braucht (Sozial-) Staatlichkeit. Eine Replik auf Bernard Udau

von Florian Sander

Führt man sich Bernard Udaus Herleitung der Argumentation zu Gemüte und unternimmt man den Versuch einer Replik darauf, so ergreift einen das seltsame Gefühl, ein in Unordnung gebrachtes »terminologisches Studierzimmer« wieder aufräumen zu müssen. Mehrere Bücher stehen plötzlich in der falschen Ecke des Regals, wesentliche Bücher, die man für seine Studien bräuchte, fehlen auf dem Schreibtisch, und auf dem Boden liegen zusammengeknüllte, herausgerissene Seiten, die man in manche Bücher wieder hineinkleben müßte, damit ihr Sinngehalt nicht entstellt wird. Man fühlt sich bemüßigt, alles wieder in korrekter Weise einzusortieren, aber man weiß kaum, wo man anfangen soll. Doch versuchen wir es cursorisch.

Jener rhetorisch schlagfertige Leser, der Udaus Darstellung etwas abgewinnen kann, wird an dieser Stelle wohl erwidern, daß da jemandes mentale »Schublade« wohl gründlich durcheinander gebracht wurden und deswe-

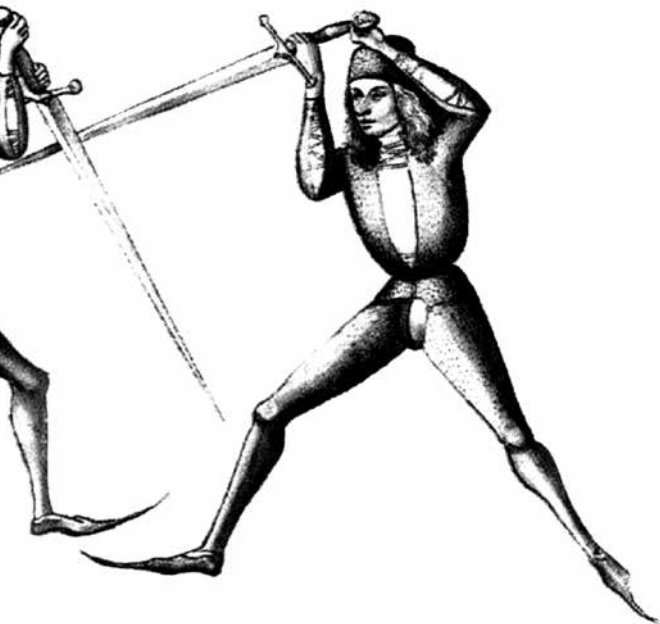
man jedoch nicht durcheinanderwerfen kann, indem man den Rahmen, in dem man mit ihnen arbeitet, einfach entsprechend fachdisziplinär verengt. Bedauerlicherweise ist genau dies bei Udau geschehen.

Es ist ein gar nicht so seltenes Phänomen, das man regelmäßig auch bei »klassisch libertären« Autoren vorfindet: Argumentative Herleitungen und begriffliche Bezugnahmen werden im Rahmen dieser Vorgehensweise fast nur aus wirtschaftswissenschaftlichen Erwägungen und Quellen heraus gespeist, so als sei – und hier bewegen sich Libertäre genau wie Liberale sehr nah bei orthodoxen Marxisten (nicht zwingend: bei den Sozialisten), denn all diese Denkströmungen eint ihr apodiktischer Materialismus, und das heißt, sie tendieren dazu, die Gesellschaft bzw. das Individuum ausschließlich in seinen ökonomischen Kontexten zu verstehen.

So auch Udau: Das, was er zum »Individualismus« erklärt, wird in seinem Artikel fast ausschließlich aus einem ökonomischen Werk abgeleitet, welches sicherlich ein, wenn nicht *der* Meilenstein der Wirtschaftswissenschaften schlechthin ist, aber gewiß keinen Anspruch auf einen interdisziplinär-sozialwissenschaftlichen Charakter erheben kann. Zusätzlich werden einzelne »klassisch-sozialistische« Formeln in Bezug auf die Grundlagen des Einkommens eines Arbeiters herausgegriffen, die als Gründe für die Klassifizierung »des« Sozialismus als »individualistisch« herhalten müssen.

Kein Wort davon, daß die stalinistische Sowjetunion in ihrem gesamten, d.h. nicht nur ökonomischen Charakter buchstäblich als die Reinform eines kollektivistischen Systems gelten kann, ebenso wie auch nicht-stalinistische sozialistische Staaten klar als kollektivistisch beschreibbar sind. Da hilft es auch nicht, dass Udau schließlich unter Bezugnahme auf Jacob Talmont bekundet, auch der Kollektivismus könne »eine individualistische Basis haben«. »Kollektivismus« und »Individualismus« sind Gegenbegriffe, Gegensätze, zwei Enden einer Skala. Äußert man eine solche Behauptung, ist das ein Widerspruch in sich, eine Paradoxie, eine faktische Unmöglichkeit. Sicherlich ist es möglich, daß ein Staat oder eine Gesellschaft Elemente von beidem zugleich und nebeneinander aufweist –

gen am – zugegebenermaßen kreativen – Ansatz Udaus etwas dran sein muß. In der Tat: Es geht um terminologische Schubladen; es geht um Wortbedeutungen – Bedeutungen von sozialwissenschaftlichen und politischen Begriffen, die



dann jedoch als gegeneinander wirkende Entwicklungen und Tendenzen, nicht aber mit dem einen als »Basis« des anderen. Auf diese Weise kann man nicht mit derlei Begriffen hantieren. Stattdessen müßte, wenn man sie verwendet, zunächst einmal geklärt werden, was man eigentlich damit meint.

Will man reflektiert mit derartiger Terminologie umgehen, so gilt es zunächst, sich von nur partiellen Herleitungen zu lösen, die die Bedeutung eines Begriffes unzulässig einengen und damit verhindern, daß man umfassend und grundsätzlich über ihre Bedeutung diskutieren kann. Wenn von Kollektivismus versus Individualismus die Rede ist, so sind damit auch Aspekte des sozialen Lebens gemeint, die über die ökonomische Bedeutung und die Frage des Arbeitsprozesses und -ertrags deutlich hinausgehen. Anders gesagt: Will man sich die Bedeutung jener Begriffe erschließen, so gilt es, die Soziologie zu konsultieren und nicht (nur) die Wirtschaftswissenschaften.

Will man sich erschließen, was eigentlich »Individualismus« meint, so ist es klug, zunächst verwandte Begrifflichkeiten in den Blick zu nehmen. Der Begriff der »Individualität« meint im Sinne einer konstruktivistisch inspirierten Soziologie so viel wie »Zurechnung von Einzigartigkeit«. Von Beginn seiner Sozialisation an bildet der Mensch Individualität heraus: Beginnend beim Namen, der über Elemente wie Bedeutung, Klang, Geschlecht etc. die Einzigartigkeit des betreffenden Menschen herausstellen soll (wäre dies anders – wozu dann Namen geben?), über Kleidung bis hin zur sozialen Selbstdarstellung auf Facebook oder Instagram – auf all diesen Wegen wird Individualität kommuniziert bzw. in der Folge der Person scheinbare oder echte Einzigartigkeit zugerechnet.

In gewisser Weise wird hier ein menschliches Grundbedürfnis bedient, denn das Selbstwertgefühl des Menschen basiert in nicht unerheblichem Maße auf der (Selbst-)Wahrnehmung, im Universum einzigartig zu sein. Fehlt ihm dies, so fühlt er sich austauschbar und wird damit seines Selbstwertes zumindest teilweise beraubt. Ein Grund, wieso Menschen Liebe brauchen und nicht nur einen Arbeitsplatz – erst die Liebe kommuniziert als entgegengebrachtes Gefühl die Zurechnung als »einzigartig«. Man wird kostbar durch die Einzigartigkeit und dadurch »liebenswert«. Was nicht einzigartig ist, ist auch weniger wert. Im Ergebnis wird der Mensch zum »Individuum«, zu einem Subjekt, das als individuell gilt.

Individualismus ließe sich nun fassen als politische und/oder weltanschauliche Bestrebung, eine Gesellschaft zu schaffen oder zu bewahren, in der derartige Individualität politisch bzw. staatlich kontinuierlich gestärkt und schließlich bis ins Unermeßliche überdehnt wird. Wirtschaftliche Fragen – und hier nähern wir uns nun wieder der strukturellen Schwäche von Udaus Argumentation – stellen hierbei nur ein kleines Rädchen im Getriebe der Individualität dar. Gewiß: Man braucht Geld, um seine Indi-

vidualität zu stilisieren, um sich selbst zu profilieren. Kleidung, die u. a. diese Funktion erfüllt, gibt es nicht gratis, ebenso wenig wie Besuche beim Friseur oder im Tattoo-Studio oder das Smartphone, das einem das Profilieren auf Instagram erlaubt. Auf welcher Basis man aber an das Geld kommt bzw. wie das Arbeitseinkommen zustande kommt, ist in diesem Kontext eher unerheblich und übrigens auch nicht der Kernpunkt konservativer (oder sozialistischer) Individualismus-Kritik, ebenso wenig wie es der Grund dafür ist, wieso (Neo-)Liberales den Individualismus als progressiv feiern.

Die Gründe hierfür sind vielmehr in gesellschaftspolitischen Zusammenhängen zu suchen, die *im Ergebnis auch* wirtschaftspolitischer Natur sind. Adam Smith und Thomas Hobbes liefern hierfür weniger Antworten als vielmehr gesellschaftsliberale (!) Philosophen wie John Locke, John Stuart Mill oder – heutzutage – Jürgen Habermas. Diesen ging bzw. geht es in ihrem Wirken nicht primär um den Arbeitsprozeß, sondern um die gesellschaftliche und politische Stellung des Individuums. Der Menschenrechtsuniversalismus, der in den letzten Jahrzehnten weltweit zu westlichen Kriegen und »humanitären Interventionen« geführt hat, ist das Produkt liberaler Philosophie und steht in einem direkten Zusammenhang mit individualistischen und wirtschaftsliberalen Strukturen in der modernen kapitalistischen Gesellschaft.

Die Absolutsetzung des Individuums hat eine Atomisierung der Gemeinschaft zur Folge, da sie zur Eliminierung von Kollektiven bzw. kollektiven Identitäten führt, sei es nun die Familie, das Volk oder die Nation. Seit 1945 haben wir in Deutschland eine stetige Intensivierung dieses Prozesses erlebt, die heutzutage in der völligen Aufsplitterung von allem ehemals Gemeinschaftlichen mündet. Auskunft hierüber geben nicht zuletzt auch die mal mehr, mal weniger subtilen Botschaften der amerikanisierten Unterhaltungsindustrie, die in schöner Regelmäßigkeit wieder Mottos wie »Lebe deinen Traum!«, »Mach dein Ding!« und »Sei ganz du selbst!« mit wirtschaftsliberalen Botschaften verbinden, die dann beispielsweise in pathetischen »Vom Tellerwäscher zum Millionär«-Szenarien von Casting-Shows münden.

Die Entwicklung der großen Religionen im Westen, das Vereinssterben, die gestiegenen Scheidungs- und die sinkenden Geburtenraten, die sinkende Anzahl der Eheschließungen und vieles mehr zeigen jedes Jahr plastisch auf, wie sehr die Individualisierung – also der vom Individualismus angetriebene gesellschaftliche Wandlungsprozeß – inzwischen schon fortgeschritten ist. Im Ergebnis hat sie das zur Folge, was Emile Durkheim »Anomie« nannte: Das Wegbrechen gesellschaftlich verbindender Normen, mit der Konsequenz der Desintegration, des Wegbrechens sozialer Bindungen, bis hin zur Vereinsamung und sozialen Isolation. Die extremsten Ergebnisse dieser Entwicklungen sehen wir im postmodernen Amokläufer im Teenager-Alter, der infolgedessen eine gravierende psychi-

sche Störung und Haß auf seine ihn isolierende soziale Umwelt entwickelt hat und irgendwann um sich schießt.

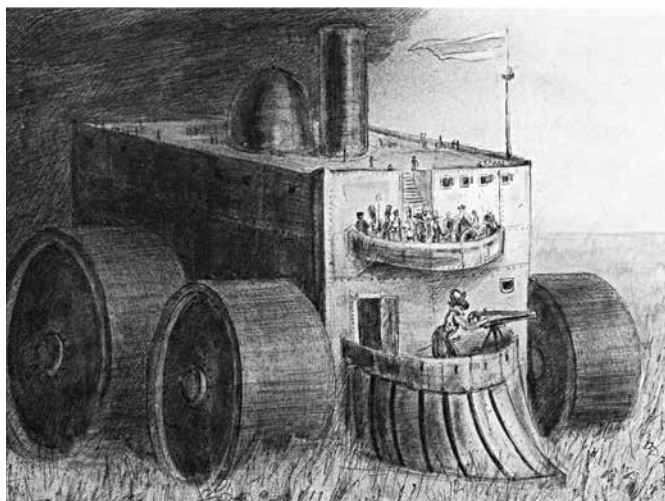
Die kapitalistische Ökonomie forciert diese Entwicklung, da sie von der Individualisierung und dadurch der Atomisierung der Gemeinschaft und der Desintegration profitiert. Wo sozialer Zusammenhalt schwindet, da stoßen Sozialabbau und Steuersenkungen auf weniger Widerstand, da floriert oberflächlicher, hemmungsloser, kurzfristiger Konsum, da wird der Mensch zum geographisch verschiebbaren und multipel verwendbaren »Humankapital«, das störende Rahmungen wie Familie, Religion, Volk und Nation abgelegt hat.

Eine solche Herleitung führt sehr deutlich vor Augen, wieso Konservatismus und Sozialismus (in seinen klassischen Auslegungen, nicht in Form des »demokratischen Sozialismus« einer neoliberal-reformistischen Sozialdemokratie unserer Tage) als kollektivistische Denkströmungen betrachtet werden *müssen*: Sie stellen die Kollektive, auf die der Mensch ebenso zwingend angewiesen ist wie auf sein Selbstwertgefühl im Zuge von Individualitätszurechnung, in den politischen Mittelpunkt. Folgt man der orthodox marxistischen Auslegung des Sozialismus – welche Udadu fälschlich mit »dem« Sozialismus gleichsetzt, womit er ausblendet, daß es auch zahlreiche nichtmarxistische Sozialismen gab und gibt –, so sind die entscheidenden Kollektive die Klasse und, in der Folge, der »Arbeiter- und Bauernstaat« und in diesem die Partei. Folgt man dem Konservatismus, so sind es die Familie, das Volk und die Nation, manchmal auch die Kirche. Betrachtet man die politische Praxis der entsprechenden Ideologien dort, wo sie »regieren«, ist die Vorrangstellung jener Kollektive vor dem Individuum, welches sich diesen im Zweifelsfall unterzuordnen hatte, empirisch gleich in vielerlei Hinsicht klar zu beobachten.

Auch Udadu argumentiert durchaus kollektivistisch, indem er das Ideal eines vormodernen Ständestaates artikuliert: Hier ist nun eben der »Stand« das Kollektiv, das den Vorrang vor dem Individuum einzunehmen hat. Das Problem daran ist freilich, daß dies die unrealistischste und antiquierteste Vision einer gesellschaftlichen Umkehr ist, die momentan im weiten konservativen Spektrum zirkuliert. Stände gibt es schon lange nicht mehr, weder ganzheitlich noch rudimentär, und ebenso wenig wäre ein artifizielles Wiederaufleben dieser gemeinschaftsbe gründend (geschweige denn überhaupt realisierbar). Im Gegenteil: Dort, wo ein Volk künstlich in Stände zersplittert würde, wäre ja eben *keine* Gemeinschaft gegeben, sondern es würden sich gerade heutzutage Sozialneid und gegenseitiger Haß verbreiten. Dies gilt um so mehr in einer Mediengesellschaft, in der die Lebensumstände der Mitmenschen über allerlei alte und neue Medien bis ins Detail beobachtbar – und die Betroffenen daher noch schneller und einfacher zu beneiden – sind. Ein solches Gesellschaftssystem mag eine romantische Szene für konservative Kaminabende abgeben, steht aber den gesellschaft-

lichen und politischen Verhältnissen und Notwendigkeiten der Gegenwart diametral entgegen.

Der Staat ist hierbei selbstverständlich eng mit dem Gemeinschaftsgedanken verquickt. Denn Gemeinschaft manifestiert sich schließlich nicht in besinnlich-romantischer Vergangenheitssemantik, sondern in konkreten, meßbaren Effekten, welche nur durch den modernen, im wertfreien Sinne bürokratischen, organisierten Sozialstaat hergestellt werden können. Gemeinschaft manifestiert sich durch die Rückkehr der – eigentlichen – konservativen Kollektive Familie, Volk und Nation, welche zugleich praktische, im Alltag sichtbare Solidargemeinschaften darstellen. Erst die familiäre und die nationale Solidarität ermöglichen konkrete Faßbarkeit einer Gemeinschaft. Erst die Verhinderung einer neuen Zersplitterung in Stände, Klassen oder auch nur »soziale Schichten«, wie Klassen in der Gegenwart neoliberal-verklärend genannt werden, ermöglicht eine Gesellschaft, die zugleich wieder zur Gemeinschaft wird.



Alfred Kubin: *Der Staat* (1900)

Der Gegensatz zum Individualismus ist in einem solchen System deutlich sichtbar: Eine Solidargemeinschaft, die auch sozialstaatlich (!) geregelt ist, stellt ja eben gerade »das große Ganze« über den Einzelnen. Daß dieses im Endeffekt auch dem Einzelnen zugute kommt, macht hieraus noch keinen Individualismus, sondern bestätigt nur die positiven Folgen von Gemeinschaftlichkeit. In einem intakten, funktionierenden Sozialstaat – welchen wir in Deutschland spätestens seit Gerhard Schröders Agenda 2010 und der Hartz-Reform nicht mehr vorfinden – stellt sich der Einzelne in seinen egoistischen Interessen mitunter zugunsten der Stärke, der Gesundheit und der übergeordneten Interessen der Solidargemeinschaft und damit seiner Mitbürger zurück. Dies ist ein genuin kollektivistischer Ansatz und eben kein individualistischer (da haben libertäre Volks- und Staatsgegner durchaus recht). Ein Gemeinwesen, das die Gesellschaft *als Gemeinschaft* organisiert, ist ohne den (Sozial-) Staat, der diese kollektive Solidarität allgemeinverbindlich und faßbar macht, nicht denkbar. ■